

LOCCUMER  
PROTOKOLLE

73/2022

WIRTSCHAFT | SOZIALES

# Öffentliche Finanzen in der Zeitenwende

*Loccumer Finanztage 2022*

---

**Martin Junkernheinrich und Joachim Lange (Hrsg.): Öffentliche Finanzen in der Zeitenwende. Loccumer Finanztage 2022, Loccumer Protokolle Band 73/2022, Rehburg-Loccum 2023.**

Dokumentation einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie Loccum und der Technischen Universität Kaiserslautern vom 7. bis 8. Dezember 2022.

Tagungsplanung und -leitung:

Dr. Joachim Lange, Prof. Dr. Martin Junkernheinrich

Redaktion: Dr. Joachim Lange

Sekretariat: Cornelia Müller

© Alle Rechte bei den Autoren

ISSN 0177-1132

ISBN: 978-3-8172-7322-5

Layout: Anne Sator, Loccum

Die Reihe Loccumer Protokolle wird herausgegeben von der Evangelischen Akademie Loccum. Bezug über den Buchhandel oder direkt bei: Evangelische Akademie Loccum, Protokollstelle, Postfach 2158, 31545 Rehburg-Loccum, Tel.: 05766/81-119, Telefax: 05766/81-900, E-Mail: [michaela.schmidt@evlka.de](mailto:michaela.schmidt@evlka.de)

# Inhalt

Joachim Lange und Martin Junkernheinrich	Vorwort	5
---	---------	---

## **Herausforderungen für die öffentlichen Finanzen und ihre Konsequenzen für den Umgang mit der Schuldenbremse**

Thomas Lenk, Christian Bender und Fabio Botta	Die fiskalischen Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf staatliche Handlungsspielräume	9
Hubertus Bardt	Deutsche Verteidigungsausgaben in der Zeitenwende	41
Michael Thöne	Die Erneuerbaren und die Energiekrise Zwischen Förderung und Abschöpfung	51
Salvatore Barbaro	Zur Umwidmung pandemiebedingter Kreditermächtigungen zugunsten des Energie- und Klimafonds. Die Aushöhlung der Tilgungs- verpflichtungen zeigt Wirkung	67
Karin Klingen und Philip Matuschka	Schuldenbremse ausbremsen? Für klare Regelungen und stringente Umsetzung. Perspektive aus Sicht der Finanzkontrolle	75

**Kommunal финанzen in der Zeitenwende:  
Was kann der Bund tun (und was nicht?)**

Martin Junkernheinrich	Kommunal финанzen in der Zeitenwende. Zwischen neuen Krisen und alten Problemen	91
Henrik Scheller	Energiekrise und Kommunal финанzen: Ein Wendepunkt für mehr Klimaschutz?	113
Bernhard Daldrup	Krisen widerstehen. Finanzpolitische Beziehungen zwischen Bund und Kommunen in der Zeitenwende	131
André Berghegger	Kommunal финанzen: Was kann der Bund tun (und was nicht)?	143
Stefan Schmidt	Was kann der Bund tun (und was nicht)?	151

**Anhang**

Tagungsprogramm	163
Verzeichnis der Autor:innen	167
Loccumer Protokolle zum Thema	169

## Die Erneuerbaren und die Energiekrise

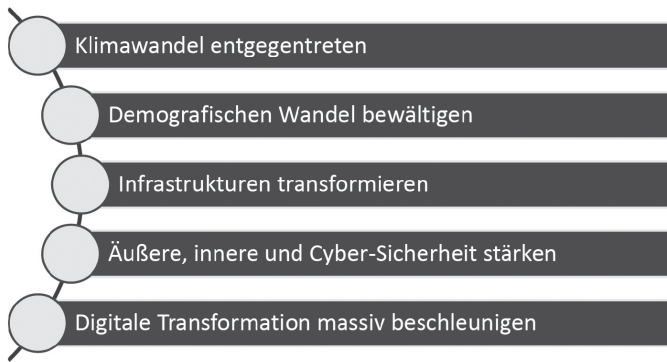
### *Zwischen Förderung und Abschöpfung*

Die Erneuerbaren und die Energiekrise: Was hat das mit der Finanzpolitik in der Zeitenwende zu tun? Die erneuerbaren Energien (EE) haben tatsächlich eine ganze Menge mit der Finanzpolitik in der Zeitenwende zu tun. Dieser Umstand ist leicht konstatiert. Schwerer ist schon die Prognose, ob die erneuerbaren Energien in dieser Zeitenwende eher ein Teil der Lösung oder ein Teil des (fiskalischen) Problems sein werden.

Ich kann Ihnen heute keinen ausgearbeiteten Vortrag halten, der viele Fragen nicht nur aufwirft, sondern auch schon beantwortet. Denn wir haben die Erfahrung gemacht – wir erleben es täglich –, dass wir in diesen multiplen akuten Krisen immer wieder neu und überraschend mit Fragen konfrontiert werden, die wir uns bis dahin kaum gestellt haben. Nur um wenige Monate später mit ganz anderen, ebenso brennenden Problemen konfrontiert zu werden, die uns die vorangegangenen Situationen schnell vergessen lassen. Aus der Corona-Krise scheinen wir nun langsam herauszurutschen. Gleichzeitig sind wir mit verschiedenen Krisenphänomenen konfrontiert, die sich aus dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und der globalen Energiekrise ergeben.

So oder so, den akuten Krisen gilt unsere größte Aufmerksamkeit. Sie erhalten sie auch. Aber das ist leider nicht alles. Denn im Hintergrund schwelt die ganze Zeit eine Reihe chronischer Krisen. Diese Krisen sind „alte Bekannte“, die sich langsam aufgebaut haben und zum Teil nur deshalb zu Krisen geworden sind, weil frühere politische Generationen ihre langfristigen Aufgaben vernachlässigt haben. Diese chronischen Krisen können aber nicht warten, bis wir zwischen den akuten Krisen etwas Zeit finden, uns wieder um unsere alten Probleme zu kümmern.

**Abb. 1: Die fünf großen Transformationen**



Quelle: Eigene Darstellung.

## Die fünf großen Transformationen machen eine sechste nötig

Die chronischen Krisen sind in meiner Abgrenzung erst einmal das, was ich als die fünf großen Transformationen bezeichnet habe.<sup>1</sup> Sie sehen es hier in der ersten Abbildung aufgeführt: Neben dem Klimawandel und dem demografischen Wandel stehen da die uns schon lange nachhängenden Infrastruktur- und Investitionslücken im öffentlichen Sektor. Dann die Fragen der Transformation, die wir jetzt mit Blick auf die äußere, militärische Sicherheit, aber auch auf die innere und die Cybersicherheit vor uns haben. Und dann die digitale Transformation, die vielleicht auch Teil der Lösung sein wird. Teil des Problems ist die digitale Transformation aber insofern, als wir sie bei uns deutlich schneller voranbringen müssen.

---

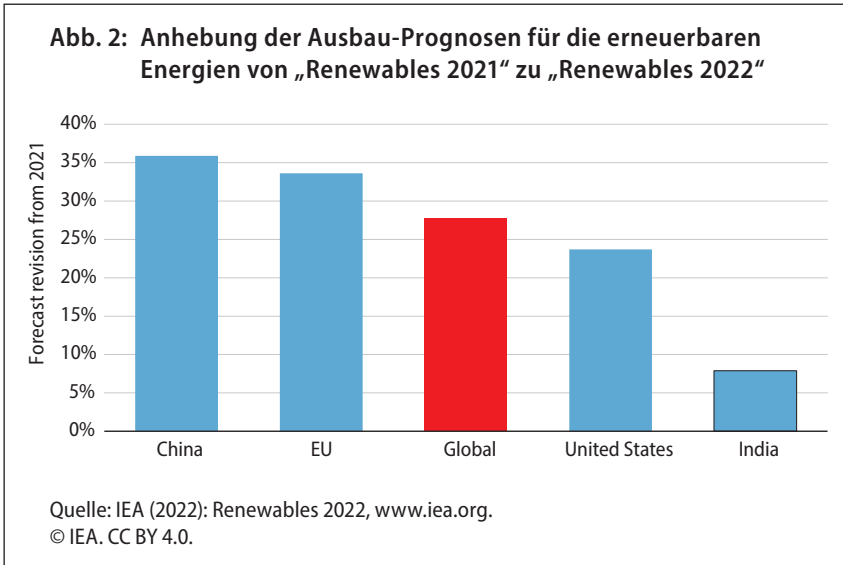
<sup>1</sup> Grundlegend dazu: M. Thöne (2022): Auf der Suche nach 300 Milliarden Euro. Staatliche Aufgabenerfüllung in den fünf großen Transformationen. In: Martin Junkernheinrich und Joachim Lange (Hrsg.): Wie kommen die Föderalen Finanzen aus der Corona-Krise? Loccumer Finanztage 2021, Loccumer Protokolle Band 70/2021, S. 61-86; und M. Thöne (2022): Schafft der Staat die fünf großen Transformationen?, in: ifo Schnelldienst, 2022, 75 Jg., Nr. 09/2022, S. 35-41.

Das sind die fünf Transformationen, die wir in den akuten Krisen nicht vernachlässigen dürfen. Das heißt, die chronischen Krisen addieren sich zu den akuten. Und die chronischen sind in gewisser Weise noch schwieriger zu bewältigen, weil sie – das klingt paradox – eben langsamer sind, weil sie vorhersehbar sind. Mit den akuten Krisen haben wir uns sehr intensiv beschäftigt und ich glaube, wir sind da eigentlich ganz gut durchgekommen. Und das nicht nur, weil wir ein reiches Land sind, sondern weil wir auch politisch gelernt haben, dass wir (zumindest) in Krisen schnell handeln können – und das auch tun.

Das ist an sich nichts Überraschendes: Ein Problem taucht auf und man tut etwas dagegen. Der große Unterschied ist nur, dass wir bei diesen überraschenden und (deshalb) akuten Krisen offensichtlich engagierter gehandelt haben als bei den chronischen, die wir eigentlich viel besser vorhersehen können. Nun, bei den chronischen Krisen können sich auch die potenziellen Verlierer von Problemlösungen besser in Abwehrpositionen bringen. Der Status quo spielt hier eine größere und oft bremsende Rolle.

Daraus folgt für Staat und Politik, dass die Bewältigung der fünf Transformationen eine sechste Transformation erfordert. Wir brauchen eine grundlegende Modernisierung des öffentlichen Sektors, um dies mit knappen finanziellen Mitteln, vor allem aber mit Menschen, die von Jahr zu Jahr zu einer immer knapperen Ressource werden, umsetzen zu können. Der Staat wird mit weniger Mitteln mehr und bessere Leistungen erbringen müssen. Damit kehrt die gute alte *Effizienz* staatlichen Handelns mit Macht auf die finanzpolitische Bühne zurück.

Dennoch: Mehr Staatseinnahmen und weniger Subventionsausgaben helfen natürlich auch bei dem beschriebenen Knappheitsproblem. Die Instrumentierung der klimapolitischen Transformation kann hier vielleicht ein Teil der Lösung sein. Die klimapolitische Transformation ist natürlich viel mehr als die Energiewende. Es ist leider viel mehr als nur die Energiewende, das wissen wir alle. Aber die Energiewende ist schon ein großer Brocken.

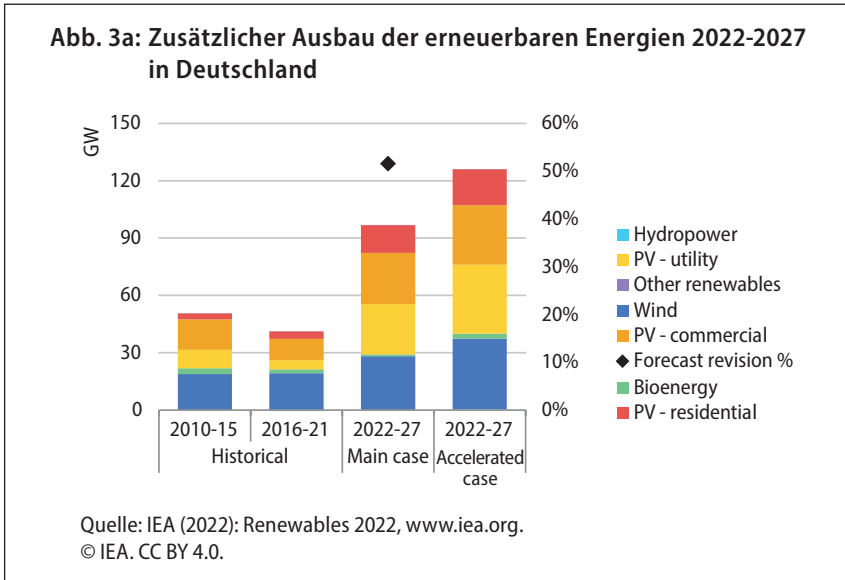


## Energie-Schock als „Beschleuniger“: Veränderung der globalen EE-Ausbaupläne für 2022-27 nach Beginn des Ukraine-Kriegs

Wenn wir die aktuelle Energiekrise ansehen und die großen, zuvor vermeintlich „unmöglichen“ politischen und gesellschaftlichen Veränderungen, die von der Energiekrise angestoßen und gewissermaßen ermöglicht wurden, dann kann man sich schon fragen, ob es nicht doch möglich ist, dass wir eine Transformation hinbekommen, die sich fiskalisch selbst trägt oder vielleicht sogar ein bisschen etwas abwirft? Da gibt es momentan sehr unterschiedliche Anzeichen für kommenden Entwicklungspfade zwischen – wie der Vortragstitel sagt – Förderung und Abschöpfung.

Um ein erstes Bild zu gewinnen, wie sehr sich die Zeiten geändert haben, zeigt Abbildung 2 die Veränderung der Ausbauprognosen für die erneuerbaren Energien in der Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Die Internationale Energieagentur veröffentlicht jährlich parallel zum *Global Energy Outlook* einen Sonderbericht zu erneuerbaren Energien. Der aktuelle Bericht





*Renewables 2022* ist Anfang Dezember 2022 erschienen.<sup>2</sup> Die dargestellten Planänderungen für die nächsten fünf Jahre sind mithin in einem guten halben Jahr beschlossen worden.

Im weltweiten Durchschnitt sind die fünfjährigen Ausbaupläne um mehr als plus 25 Prozent gestiegen. In China stiegen sie sogar um 35 Prozent. Dicht gefolgt von den Staaten der Europäischen Union mit plus 33 Prozent.

Gerade für Europa wirkt die kriegsbedingte Energiekrise in doppelter Hinsicht als Beschleuniger des EE-Ausbaus, denn neben den sprunghaft gestiegenen Preisen für fossile Energieträger schlägt hier auch die ebenso sprunghaft gesunkene Energiesicherheit zu Buche. „Unsere“ Abhängigkeit von billigen fossilen Energieträgern war eben viel zu einseitig eine Abhängigkeit von billigen *russischen* fossilen Energieträgern.

Dieser große Umschwung ist vor allem auf die aktuelle Energiekrise zurückzuführen. Gerade für Deutschland kommt natürlich hinzu, dass wir we-

<sup>2</sup> Vgl. IEA (2022): Renewables 2022. Analysis and forecast to 2027, Paris.

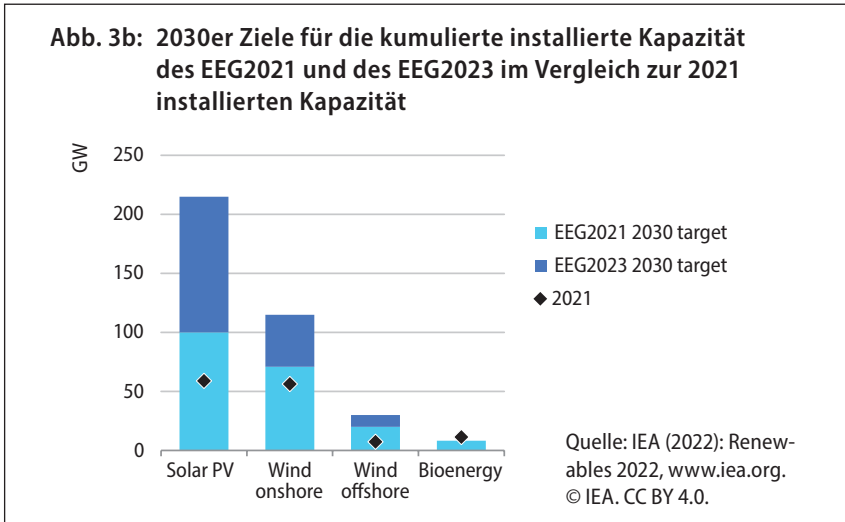
nige Monate vor dem russischen Angriff auf die Ukraine auch einen Regierungswechsel hatten, der auch unabhängig von der Krise höhere klima- und energiepolitische Ambitionen mit sich gebracht hat.

Diesen Umschwung kann man sich wiederum mit einer Darstellung der Internationalen Energieagentur für Deutschland etwas genauer anschauen. Abbildung 3a zeigt in Fünfjahrestranchen die Ausbauerfolge der letzten zehn Jahre sowie die Ausbaupläne für die nächsten fünf Jahre. Die IEA bezieht sich vor allem auf ihren so genannten *Main Case*, nach dem die Ausbaupläne in Deutschland um 52 Prozent gegenüber den bisherigen Plänen gestiegen sind. Dies ist vor allem auf das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2023) zurückzuführen, das im Juli 2022 verabschiedet wurde. Es sieht vor, dass der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis 2030 von 65 auf 80 Prozent steigen soll. Das bedeutet natürlich, dass das Ausbautempo deutlich erhöht werden muss, um dieses Ziel zu erreichen.

Mit dem *Main Case* wird für Deutschland bereits eine enorme Steigerung des Ausbaus für möglich gehalten. Gleichzeitig zeigt der *Accelerated Case* auf der rechten Seite der Abbildung 3a, dass der Ausbau noch deutlich beschleunigt werden könnte, wenn Genehmigungsprobleme schneller gelöst und Flächen schneller zur Verfügung gestellt werden könnten. Leider, so muss man hinzufügen, ist aber auch der *Accelerated Case* für Deutschland (das gilt auch für Europa) immer noch zu wenig ambitioniert, um bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Dazu wäre, wie die IEA zeigt, ein noch schnellerer Ausbau notwendig.

In Abbildung 3b sehen wir die Veränderungen der Ausbaupläne des EEG 2023 im Vergleich zum EEG 2021. Hier wird deutlich, wie stark die Ausbaupläne tatsächlich gestiegen sind. Insbesondere im Solarbereich ist eine Verdopplung der Kapazitäten zu erkennen. Auch bei Wind Onshore und Wind Offshore ist noch einmal deutlich etwas hinzugekommen, während bei der ohnehin geringen Bioenergie keine Ausbaupläne mehr hinzugekommen sind. Hier spiegelt sich die Debatte „Tisch gegen Tank“ wider.

Für das ambitionierte EEG 2023 gilt natürlich (wie für alle Gesetze dieser Art): Ziele aufschreiben und Ziele erreichen sind zwei Paar Schuhe. Wie haben sich also die Voraussetzungen verändert, um diese ambitionierten Ziele auch tatsächlich zu erreichen?

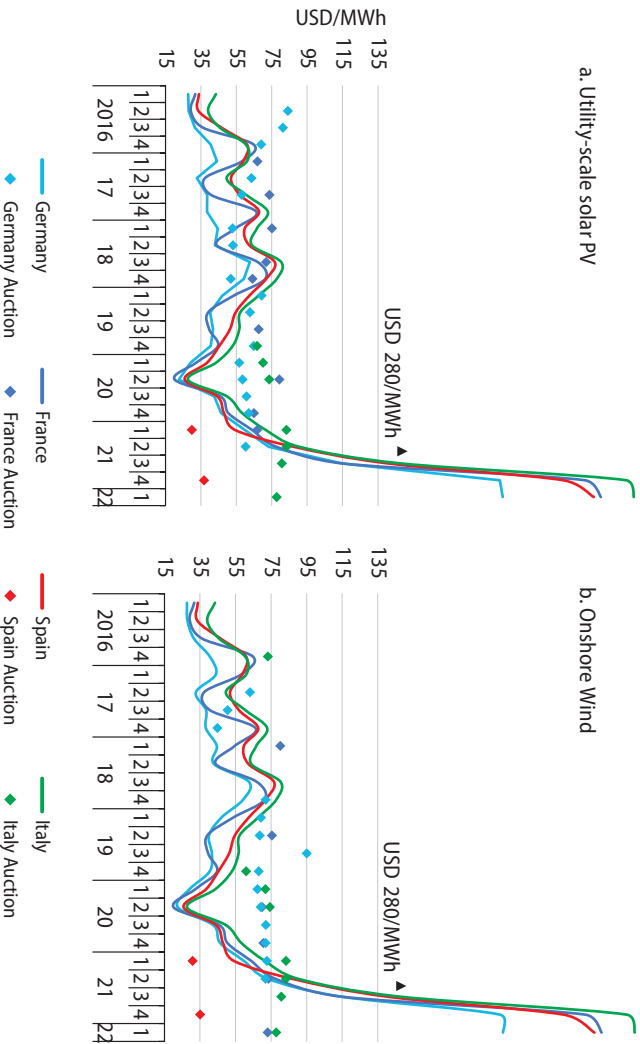


## Die Preise machen's möglich ...

Aus ökonomischer Sicht haben sich die Rahmenbedingungen in den letzten Monaten deutlich verändert. Insbesondere die Energiepreise haben sich stark verändert. Abbildung 4a und b zeigen dies (wiederum mit einer Darstellung der IEA) für die Preise von Solarstrom und Onshore-Windstrom in ausgewählten europäischen Ländern. Insbesondere die Großhandels-Spotpreise sind in den letzten Monaten für beide EE-Arten in allen betrachteten Ländern stark angestiegen. Wichtiger für den EE-Ausbau sind jedoch die langfristigen Preise, die sich in den Auktionspreisen für langfristige Lieferverträge widerspiegeln. Sie sind in den Grafiken als kleine rautenförmige Punkte dargestellt. Bis 2021 lagen diese Auktionspreise meist über den Spotpreisen, teilweise sogar sehr deutlich.

Diese Entwicklung hat sich nun völlig umgekehrt. Von Dezember 2021 bis Oktober 2022 lagen die durchschnittlichen Vertragspreise für langfristige Wind- und Photovoltaikprojekte 77 Prozent unter den Großhandelspreisen. Langfristige Lieferverträge müssen heute zu Preisen bedient werden, die deutlich unter den am Markt erzielbaren Preisen liegen. Aber auch langfristige

**Abb. 4: Auktionsverträge für Solar-PV (a) und Onshore-Windkraft (b) sowie Großhandelspreise für Strom in ausgewählten Ländern der Europäischen Union, vierteljährliche Durchschnittswerte von 2016 bis 2022**



Quelle: IEA (2022): Renewables Energy Market Update, [www.iea.org](http://www.iea.org). © IEA. CC BY 4.0.

Verträge laufen irgendwann aus. Und mit diesem Auslaufen, so ist nach einfacher Marktlogik zu erwarten, werden sich die höheren Marktpreise auch in den langfristigen Preisen niederschlagen.

Für unsere Eingangsfrage nach der zukünftigen Förderung erneuerbarer Energien wäre dies eine gute Perspektive. Denn hohe Preise ermöglichen es, dass sich zusätzliche Anlagen schnell selbst rentieren, ohne dass es großer staatlicher Förderung bedarf.

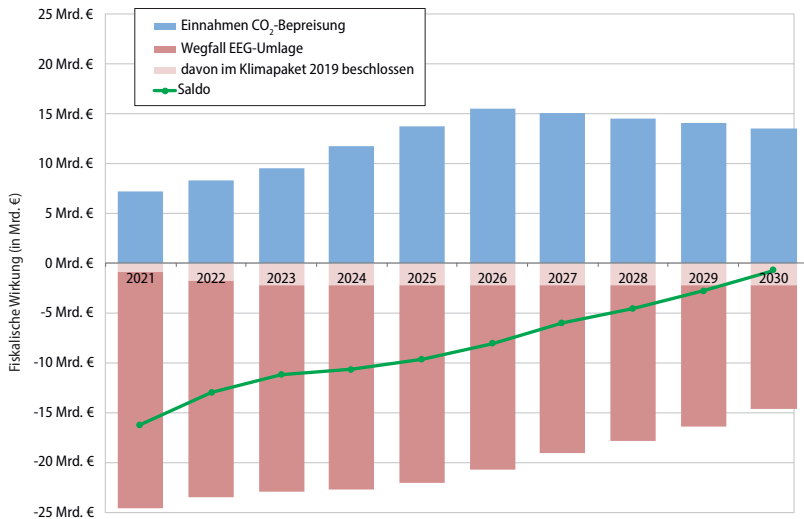
Diese Perspektive markiert in der Tat eine Zeitenwende. Denken Sie nur an das Stichwort Direktvermarktung erneuerbarer Energien. Seit zehn bis 15 Jahren wird darüber geredet – aber lange Zeit nur im Sinne einer fernen Zukunftsperspektive. Direktvermarktung war Utopie. Das hat sich grundlegend geändert. Bei den Preisen, die wir hier sehen, sollten rentable Investitionen in erneuerbare Energien eigentlich leicht und vor allem ohne Subventionen möglich sein.

### **Oder?**

Natürlich ist das alles nicht so einfach. Mit Abbildung 5 sehen Sie hier eine für diesen Vortrag vereinfachte, aber eigentlich etwas mehr als zwei Jahre alte Abbildung, die ich ursprünglich für eine Studie angefertigt habe, mit der das FiFo Köln zusammen mit der dena und dem Institut für Umweltenergierecht den damals ungewöhnlichen Vorschlag gemacht hat, die EEG-Umlage abzuschaffen. Das schien anfangs vielen ein Ding der Unmöglichkeit.

Dafür gab es mehrere Gründe. Zum einen schien es fiskalisch nahezu unmöglich, diese Umlage abzuschaffen und das notwendige Fördervolumen für Erneuerbare Energien künftig aus dem Bundeshaushalt zu mobilisieren. Natürlich war die EEG-Umlage schon immer eine gigantische Subvention. Nur haben wir sie nie als Subvention bezeichnet. Die Konstruktion als EEG-Umlage, mit der die einen Privaten die anderen Privaten direkt subventionieren, hat dazu geführt, dass diese größte deutsche Subvention nie durch den Bundeshaushalt geflossen ist und schon gar nicht im Subventionsbericht aufgetaucht wäre. Die Verschleierung des Subventionsvolumens war aber nicht der primäre Grund

**Abb. 5: Forderung nach „Senkung EEG-Umlage auf null“ :  
Eine alte Geschichte (aus dem Juli 2020)**



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von: A. Kuhlmann, H. Müller, M. Thöne et al. (2020): „Vorschlag für die Senkung der EEG-Umlage auf null“, dena 07.2020

für diese Konstruktion, sondern eher ein politisch willkommener Nebeneffekt. Es ging darum, das EU-Beihilferecht zu umgehen, denn Beihilfen kommen immer aus staatlichen Mitteln. Man wollte sich nicht von Brüssel vorschreiben lassen, wie man seine erneuerbaren Energien fördert. Insofern war das deutsche EEG ein Exportschlager. Einige andere europäische Länder hatten zunächst noch konventionelle staatliche EE-Förderungen, die sie eben in Brüssel notifizieren und genehmigen lassen mussten. Sie sind dann auf ähnliche Modelle wie in Deutschland umgestiegen, um das Beihilferecht zu umgehen. Diese Konstruktion war enorm erfolgreich – zum Glück auch für den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland.

Im Laufe der Jahre wurde sie jedoch immer mehr von einem Teil der Lösung zu einem Teil des Problems. Denn durch die EEG-Umlage war der Strompreis

viel höher, als er sonst gewesen wäre. Das wiederum hat die Elektrifizierung, also die Nutzung erneuerbarer Energien und vor allem die sogenannte Sektorkopplung, immer mehr behindert.

In Abbildung 5 sehen wir, wie sich die EEG-Umlage, deren Abschaffung wir vorgeschlagen haben, noch im Jahr 2020 entwickeln würde. Hätte man ihr die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung gegengerechnet, wäre der Saldo erst gegen Ende des Jahrzehnts in Richtung Null gegangen.

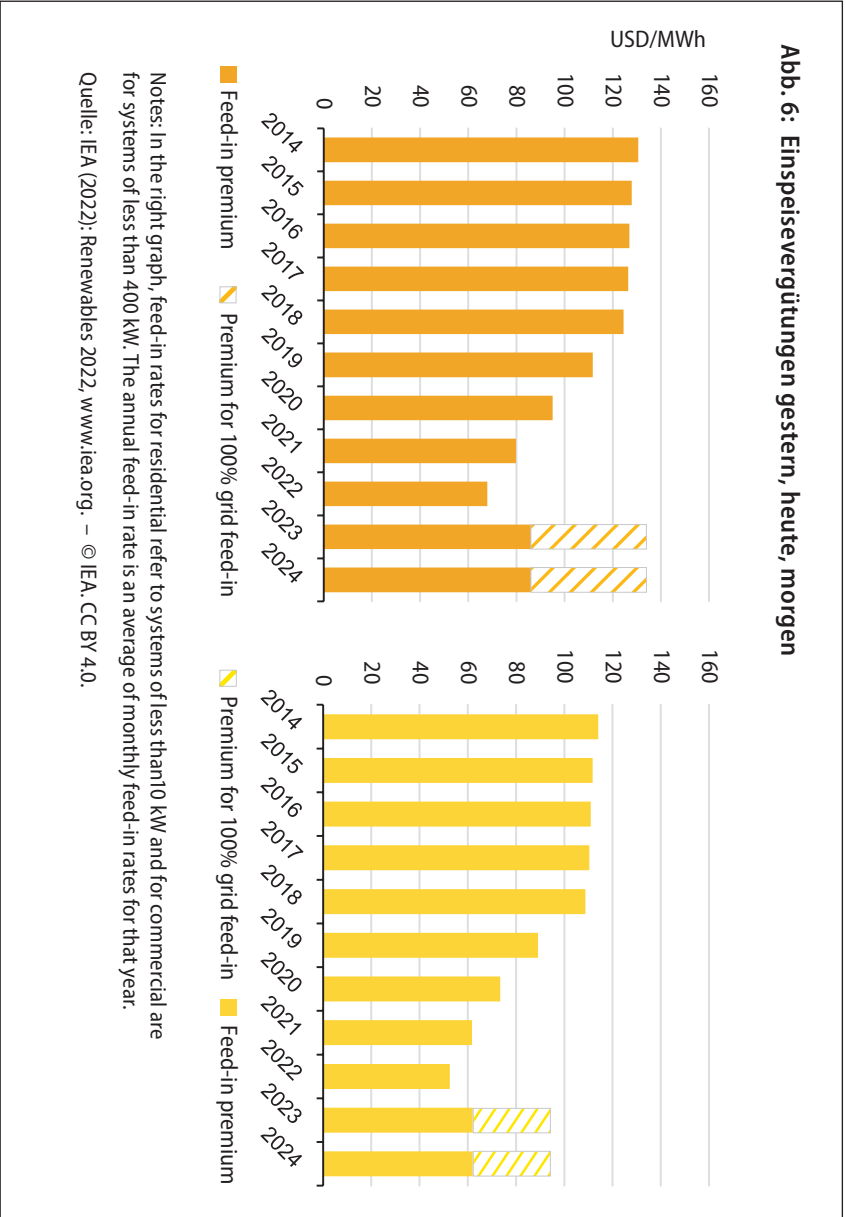
Tatsächlich wurde die EEG-Umlage abgeschafft. Die neue Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag beschlossen, diesen Vorschlag aufzugreifen und umzusetzen. Angesichts der beschriebenen, enorm gestiegenen Energiepreise erscheint eine derart hohe Subventionierung auch nicht mehr notwendig. Gefallen ist allerdings nur die EEG-Umlage. Nicht gefallen ist die Einspeisevergütung.

Die folgenden Abbildungen 6a und b, die nun wirklich die letzten Abbildungen der Internationalen Energieagentur sind, zeigen die Entwicklung der Einspeisevergütungen in Deutschland. Da die Darstellung aus einem internationalen Bericht stammt, ist sie hier in US-Dollar angegeben. Abb. 6a die Einspeisevergütung für Kleinanlagen, Abb. 6b die Einspeisevergütung für Großanlagen. Bis auf einen kleinen Niveaueffekt sind die Entwicklungen weitgehend gleich. Für die Jahre 2014 bis 2022 ist zunächst zu erkennen, wie die Vergütung in diesem Zeitraum gesunken ist. Dieser Trend wird mit dem EEG 2023 gebrochen; hier steigen die Einspeisevergütungen wieder an. Die Entscheidung wurde mit Beschluss zum 1.7.2022 getroffen, also schon mit Blick auf die Strompreisentwicklung, die absehbar auf uns zukommt.

Wir stehen also zwischen zwei Welten. Auf der einen Seite sehen wir starke Preissteigerungen. Auf der anderen Seite sehen wir sehr ambitionierte Ausbaupläne, die über die Einspeisevergütung noch einmal zusätzlich gefördert werden sollen.

Ist das angesichts der aktuellen Preise notwendig? Oder sollten wir uns nicht auf diese enormen Preise verlassen? Oder sollten wir aus sozialen Gründen eher sinkende Preise mit weiterer Förderung der EE bevorzugen?

Abb. 6: Einspeisevergütungen gestern, heute, morgen





## EE-Förderung im Limbus

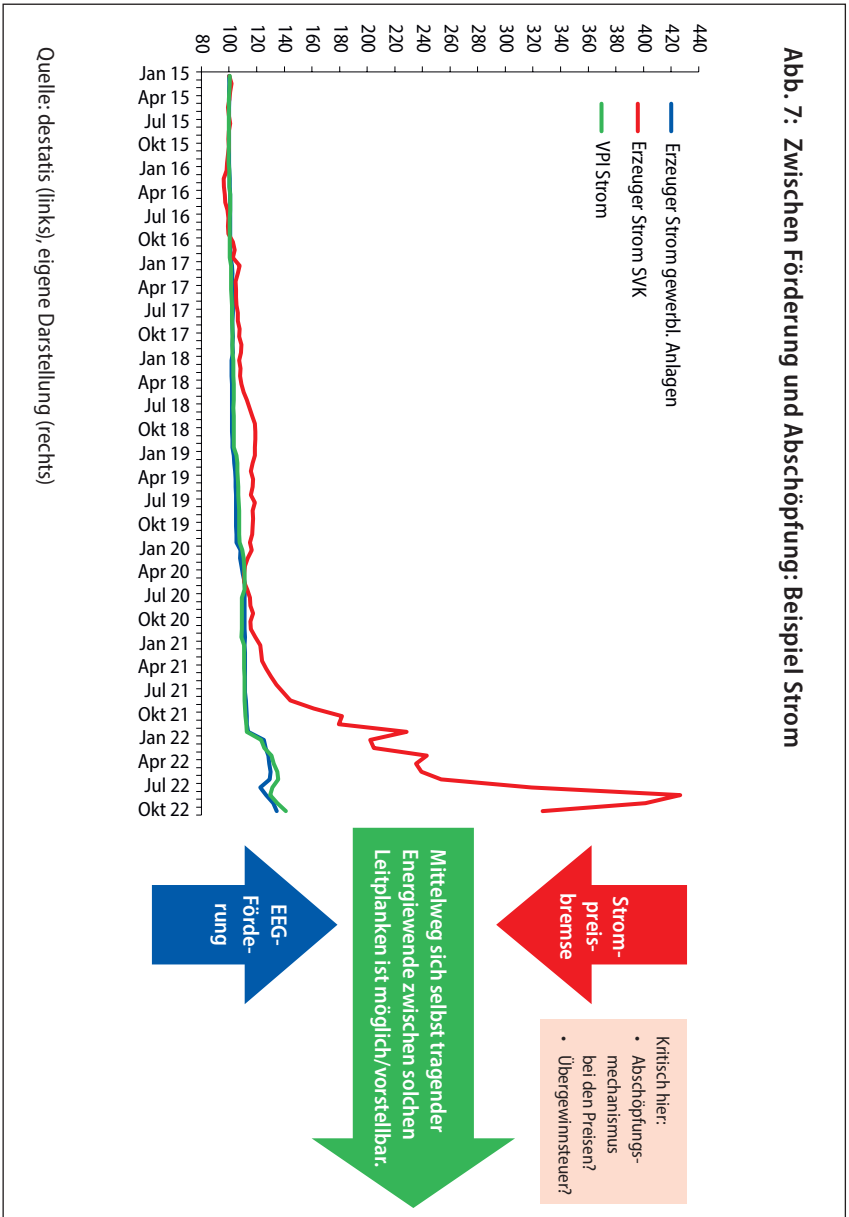
Damit befinden wir uns in der gegenwärtigen Zwischensituation, die man wirklich als Limbus charakterisieren kann. Denn das ist eine seltsame Zwischenwelt und zugleich die Vorhölle. Eine Vorhölle der Entscheidungen, die man treffen muss, während man noch keine richtigen Entscheidungen treffen kann. Zumindest beziehe ich das auf mich, der ich in dieser Konstellation keine Empfehlung aussprechen kann, weil es derzeit nicht möglich ist zu beurteilen, ob wir mittelfristig eine sich selbst tragende Energiewende hinbekommen oder nicht. Abbildung 7 zeigt diese Zwischenwelt.

Auf der linken Seite ist die Strompreisentwicklung der letzten Jahre bis zum aktuellen Rand dargestellt. Die Erzeugerpreise am Spotmarkt (SVK) zeigen sehr deutlich den enormen Anstieg und die hohe Volatilität der letzten Monate. Bei den längerfristigen Verträgen, die für Strom für Industrieanlagen dargestellt sind, ist dies noch nicht so deutlich erkennbar, ebenso wenig beim Verbraucherpreisindex (VPI) für Strom. Sofern die Preise jedoch dauerhaft hoch und volatil bleiben, werden auch diese mittelfristigen Preise folgen, sofern sie nicht regulatorisch gebremst werden. Nahezu alle Stromkunden haben bereits die Ankündigung saftiger Preiserhöhungen zum Jahresbeginn 2023 erhalten.

Von diesem aktuellen Rand aus müssen wir nun die kommenden bzw. möglichen Steuerungsmöglichkeiten der Politik betrachten. Für die Erneuerbaren ist das in gewisser Weise eine besonders merkwürdige Perspektive, weil wir uns zwischen zwei sehr konkreten Leitplanken befinden. Von unten haben wir weiterhin die EEG-Förderung, wie wir sie kennen, von der wir aber nicht wirklich wissen, wie viel wir davon noch brauchen werden. Von oben, bei mittelfristig hohen Preisen, greift die Strompreisbremse. Sie setzt nach derzeitiger Beschlusslage mit einem Abschöpfungsmechanismus bei den Preisen an. Es gibt Stimmen, die auch bei den Strompreisen eher eine Übergewinnsteuer fordern, weil sie das zielgenauere Instrument sei, weil sie keine fiktiven, sondern nur tatsächliche „Übergewinne“ abschöpft. Aber natürlich ist die Übergewinnsteuer ein Instrument, das noch mit sehr vielen rechtlichen Unsicherheiten verbunden ist.

Zwischen diesen beiden Leitplanken bewegen wir uns. Und es ist derzeit nicht klar, auf welcher Seite der Fahrbahn wir uns sinnvollerweise bewegen

Abb. 7: Zwischen Förderung und Abschöpfung: Beispiel Strom



werden. Die sehr ambitionierten Ausbaupläne für Erneuerbare Energien scheinen dafür zu sprechen, dass wir weiterhin eine Förderung brauchen. Dabei könnte die Anwendung einer reinen Differenzförderung zumindest dazu führen, dass wir hier mit einer fiskalisch relativ günstigen Form der Förderung hinkommen. Auf der anderen Seite scheint mir auch das Instrument, mit dem man „Übergewinne“ oder überhöhte Preise in den Griff bekommt, sehr wichtig zu sein.

Ich denke, man braucht eigentlich beide Seiten, um diesen Weg einschlagen zu können. Die sehr unterschiedlich begründeten Leitplanken von oben und von unten werden helfen, den Weg des weiteren Ausbaus der erneuerbaren Energien wirtschaftlich und gesellschaftlich schnell und effizient zu bewältigen. Zwischen diesen Leitplanken sollte der Marktmechanismus gut funktionieren können.

Mehr lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt leider nicht sagen. Die Situation erfordert viel „muddling through“, denn wir haben derzeit viel zu wenig Vorausschau für die nächsten zwei bis drei Jahre. Hier ist zu hoffen, dass bald mehr Klarheit möglich ist und wir dann besser absehen können, auf welcher Spur und in der Nähe welcher Leitplanke wir uns dann in Richtung Energiewende und EE-Ausbau bewegen werden.